

Der Petent, bei dem es sich um einen Kriminalbeamten handelt, sowie weitere Personen aus seinem Kollegenkreis, hatten sich an die Bürgerbeauftragte und Beauftragte für die Landespolizei gewandt und diese um eine Unterstützung gebeten. Sie möchten mit ihrer Eingabe erreichen, dass die Kriminaldienste im Zuge der Reform der Kriminalpolizei Rheinland-Pfalz in der Fläche erhalten bleiben.

Der Minister des Innern und für Sport, Herr Staatsminister Ebling, teilte hierzu mit, dass mit dem Umsetzungsprojekt „KriBe 5.0 - Kriminalitätsbekämpfung der Zukunft“ solle die Organisation der Kriminalpolizei Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2025 neu ausgerichtet werden, um insbesondere weiterhin den Herausforderungen der Digitalisierung und Internationalisierung von Kriminalität begegnen zu können. Im Zuge dieser umfassenden Reform würden unter anderem zum 01.07.2024 sieben Regionalkommissariate in Westerburg, Simmern, Bitburg, Alzey, Landstuhl, Germersheim und Remagen eingerichtet. Die Feststellung des Petenten, dass bereits seit 1993 Regionalkommissariate existierten, ist unzutreffend. In der derzeitigen Organisation der Polizei Rheinland-Pfalz seien in 72 Polizeiinspektionen sogenannte Kriminal- und Bezirksdienste eingerichtet.

Das übergeordnete Ziel der Reform sei es, die Schlagkraft der Kriminalitätsbekämpfung in Rheinland-Pfalz insgesamt zu erhalten und weiter zu stärken. Die Reform ist dabei getragen von der Überzeugung, dass schlagkräftige polizeiliche Einheiten auch über einen entsprechend dimensionierten Personalkörper verfügen müssen. Im Zuge der Planungen sei daher mit der Festlegung von sechs Vollzeitäquivalenten für eine Organisationseinheit der Kriminalpolizei eine Mindestpersonalstärke vorgeschlagen worden, die nachzeitigem Planungsstand in der neuen Organisationsform in keinem Kommissariat unterschritten werden wird.

Soweit der Petent für den Bereich des Polizeipräsidiums Mainz ausgeführt habe, dass alle Kriminalbeamtinnen und -beamten der Kriminal- und Bezirksdienste im Zuge der Reform der Kriminaldirektion in Mainz zugewiesen werden, entspreche auch dies nicht den von Beginn an klar kommunizierten Rahmenbedingungen des Projekts „KriBe 5.0“. Es sei zutreffend, dass aus dem Kreise dieser Mitarbeitenden aufgrund ihrer Erfahrung und Expertise einerseits das Regionalkommissariat am Standort Alzey aufgebaut werden soll.

Der Minister betonte, dass es sich beim Umsetzungsprojekt „KriBe 5.0 - Kriminalitätsbekämpfung der Zukunft“ nicht um eine Einsparreform handelt. Es würden keine Dienststellen geschlossen und es werde kein Personal reduziert. Bezogen auf die kriminalpolizeiliche Präsenz gerade in den ländlicher geprägten Regionen unseres Bundeslandes könne er versichern, dass auch hier keine Abstriche gemacht werden. In den vom Petenten beschriebenen Sofortlagen würden ohnehin bereits heute temporäre Sonderorganisationsformen, in denen durch eine Anpassung von Unterstellungsverhältnissen gewährleistet ist, gelten, so dass all die Polizeikräfte, die zur Lagebewältigung im Akutfall benötigt werden - seien dies schutzpolizeiliche Interventionsteams, kriminalpolizeiliche Fahnderinnen und Fahnder wie Ermittlerinnen und Ermittler, Fachpersonal des Landeskriminalamtes oder der Spezialeinheiten – auch vor Ort sind. Mit der Reform wolle sein Ministerium durch die Umstrukturierung der Organisation der Kriminalpolizei darüber hinaus die individuelle Fachexpertise der Mitarbeitenden sowie die vorhandenen technischen Ressourcen noch effizienter bündeln. Dem Anliegen des Petenten kann damit nicht entsprochen werden.

Der Petitionsausschuss des Landtags Rheinland-Pfalz hat in seiner nicht-öffentlichen Sitzung am 12.03.2024 festgestellt, dass dem in der Eingabe vorgebrachten Anliegen nicht abgeholfen werden kann.